

Ausbruch vollzog sich in einem gesellschaftlichen Klima, das stärker von der Angst vor Bedrohung als von der Hoffnung auf Neuanfang geprägt war. Die Matrosen, die vom 30. Oktober 1918 an erst in Wilhelmshaven und dann in Kiel den Befehl zum Auslaufen der Flotte verweigerten und das Feuer aus den Schiffskesseln herausrissen, wollten ihren »ehrenvollen Untergang« verhindern. Die streikenden Massen, die am Vormittag des 9. November in riesigen Demonstrationen auf die Mitte Berlins zumarschierten, stürmten auf ihrem Weg die Kasernen und das Polizeipräsidium, weil sie fürchteten, zusammengeschossen zu werden. Und sie verlangten vor Reichstag und Stadtschloss nach ihren Führern, um sicherzugehen, dass von den alten Gewalten keine Gefahr mehr ausgehen könne. Die Zugfahrten schließlich, auf denen die sozialdemokratischen Protagonisten in den Tagen der revolutionären Auflösung der alten Ordnung aus ihren Heimatorten ihren politischen Wirkungsstätten entgegenliefen, hatten nichts von dem revolutionären Feuer, das Lenin im Jahr zuvor von Zürich nach Petrograd begleitete, sondern atmeten den Geist einer widerstrebend übernommenen Verantwortung.

Einer Aufforderung seines Parteivorsitzenden Philipp Scheidemann folgend, langte am 4. November 1918 der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Militärpolitiker Gustav Noske, von Berlin kommend, in Kiel an, erschöpft vom Streit um eine nicht korrekt gelöste Fahrkarte und voller Sorge, »daß die Lage sich gefährlich gestaltet hatte«. ⁸ Zwei Tage später sperrte sich sein Fraktionskollege Hermann Müller zunächst dagegen, von Scheidemann zur Unterstützung Noskes ebenfalls nach Kiel beordert zu werden, weil ihm »die Zeit für den 1-Uhr-Mittagszug zu knapp zu sein schien«, und er die Aufgabe zu beschwerlich fand: »Ohne mich mit dem nötigen Kleingepäck versehen zu haben, wollte ich nicht abfahren, da ich in Berücksichtigung der gährenden [sic!] Zeit nicht wußte, wie lange mein Kieler Aufenthalt dauern würde.« ⁹ Als er die Reise dann doch unternahm und unterwegs in Hamburg strandete, drangen widersprüchliche Eindrücke auf ihn ein: »Nach dem, was ich am Abend hörte, war zu befürchten, dass in Hamburg die Wellen der Revolution weiter nach links schlagen würden, als das mit der Lage Deutschlands verträglich war«, registrierte Müller besorgt, um sich bei näherem Augenschein wieder zu beruhigen: »Die Ordnung wurde durch Soldaten, die die rote Binde kenntlich machte, aufrechterhalten.« ¹⁰ Im selben Sinne argumentierte auch der Diplomat und Ästhet Harry Graf Kessler, der im

8 Gustav Noske: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1920, S. 10.

9 Hermann Müller: Die Novemberrevolution. Erinnerungen, Berlin 1928, S. 27.

10 Ebd., S. 31 f.

Auftrag der Regierung Max von Badens am 7. November in Magdeburg eintraf, um den dort inhaftierten polnischen Nationalrevolutionär Józef Piłsudski nach Berlin zu geleiten. Dem lokalen Stadtkommandanten riet er, »die Truppen möglichst wenig vorzuschicken, da sie die Bevölkerung irritierten, und nicht einmal kämpfen würden; besser sei, die Ordnung wenn möglich durch die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Organisation aufrecht zu erhalten.«¹¹

Das hier aufscheinende Rezeptionsmuster der Handelnden auf sozialdemokratischer Seite folgt nicht dem Topos der revolutionären Entscheidungssituation, sondern dem der bedrohten Ordnung. Es wurde auch im bürgerlichen Lager geteilt. »Bis auf das Geschrei und das schreckhafte Aussehen und Rattern der Autos, die terroristisch rot bewimpelt von Gewehren wie Borstentiere starteten, war Alles auffallend ruhig und ordentlich, eine Demonstration, kein Aufstand«, schrieb Kessler am 12. November erleichtert einem Vertrauten¹² und erläuterte, warum man diese Revolution durchaus gutheißen könne: »Denn die Revolutionäre selbst, die Soldaten und Matrosen, wollten Ruhe und Ordnung. Im Allgemeinen verläuft daher Alles erstaunlich ordentlich.«¹³

In seinen Worten schimmert bereits das perhorreszierte Gegenbild in Gestalt des bolschewistischen Chaos durch, das als Gegensatzpaar von Ordnung und Chaos die vorherrschende Sicht auf die Novemberereignisse bis zum Ende der Weimarer Republik und dann wieder der frühen Bundesrepublik prägen sollte. Nicht als Mirabeau oder Danton präsentierten die Protagonisten der Revolution sich ihren Zeitgenossen, sondern als Getriebene, die ihr revolutionäres Amt nicht im Auftrag einer Idee versahen, sondern allein aus staatsbürgerlicher Verantwortung und um Schlimmeres zu verhüten. Auch rückblickend glaubten die Führer der Mehrheitssozialdemokratie ihr Handeln in den Novembertagen 1918 öffentlich nur legitimieren zu können, indem sie ihm den revolutionären Gehalt absprachen und die Verantwortung für die Wiederherstellung der Ordnung unterstrichen. »Die Revolution war unvermeidbar geworden«, schrieb Hermann Müller, der zwischenzeitlich zum Reichskanzler aufgestiegen war und dieses Amt kurz darauf abermals übernehmen sollte, zum zehnten Jahrestag der Novemberrevolution in seinen Erinnerungen, um die Sozialdemokratie vom Odium der Umsturzpolitik zu entlasten, und verteidigte Scheidemanns Republikausrufung mit dem defensiven

11 Harry Graf Kessler an Fritz von Schöler, 12.11.1918, in: Ders., *Krieg und Zusammenbruch*. Aus Feldpostbriefen 1914-18, Weimar 1921, S. 16-130, hier S. 117.

12 Ebd., S. 126.

13 Ebd., S. 129.

Argument, dass sie »nur die Proklamierung eines staatsrechtlichen Zustandes [war], der tatsächlich bereits eingetreten war«¹⁴.

Unter dem Paradigma der unabweisbaren Verantwortung konnte das Bild der Novemberrevolution keine Identifikationskraft gewinnen. Je nach Betrachtungswinkel erschien die Novemberrevolution auf diese Weise schon vor 1933 und wieder nach 1945 als überflüssige Herausforderung einer längst auf Parlamentarisierung gerichteten Reichspolitik¹⁵ oder in der Zuspitzung Arthur Rosenbergs als bloßes Missverständnis der sozialdemokratischen Massen, die gegen die eigene Regierung revoltierten.¹⁶ »Es bedurfte gar nicht erst der Revolution, um eine Nationalversammlung notwendig zu machen«, kommentierte die *Vossische Zeitung* am 19. Januar 1919 die Wahl zur Nationalversammlung.¹⁷ In beiden Fällen aber galt sie als ein Kampf zwischen Ordnung und Chaos, dessen Etappen mit Eberts Entgegennahme der Kanzlerschaft am 9. November, mit der Niederschlagung des sogenannten Spartakusaufstandes sowie der Wahl zur Nationalversammlung im Januar und der anschließenden gewaltsamen Zurückdrängung der Rätebewegung bezeichnet sind. Eine überflüssige Revolution aber, deren größtes Verdienst darin bestand, rasch wieder in geordnete Verhältnisse überführt worden zu sein, konnte weder engagierten Umsturzverteidigern noch kompromissbereiten Verunftrepublikanern als Traditionsfundament dienen – der zehnte Jahrestag der Novemberrevolution 1928 zeitigte auch unter Demokraten nur schwachen bis beschämten Nachhall.

Die Gegenerzählung der Novemberrevolution setzt der Kategorie der Verantwortung das Stigma des verantwortungslosen Verrats entgegen.

14 Müller: Novemberrevolution, Berlin 1928, S. 22 u. 54.

15 Dass in den Novembertagen der gärenden Unruhe auch die kaisertreue Presse des konservativen Bürgertums die bedrohte Ordnung zu retten beschwor, nimmt nicht wunder: »Wir halten es für notwendig, ungesäumt überall in Stadt und Land zur Einrichtung von Bürgerwehren zu schreiten, die den amtlichen Sicherheitsorganen in der Aufrechterhaltung der Ordnung zur Seite stehen. Unter Bürgern sind dabei selbstverständlich alle ordnungsliebenden Elemente in Stadt und Land zu verstehen, der Handarbeiter, der in Ruhe und Frieden seinem Berufe nachgehen will, und der an der Ordnung ja durchaus in gleichem Maße interessiert ist wie andere Bevölkerungsklassen, genau so gut wie der eigentliche Bürger oder Bauer.« Die bolschewistische Gefahr, in: Deutsche Tageszeitung, 6.11.1918, Morgenausgabe.

16 »Die SPD machte in Wirklichkeit Revolution gegen sich selbst: Sozialdemokratische und von Sozialdemokraten geführte Massen zerrissen eine gesetzliche Ordnung, an deren Spitze eine von der SPD beherrschte Regierung stand.« Arthur Rosenberg: Entstehung der Weimarer Republik, hg. u. eingeleitet von Kurt Kersten, Frankfurt a. M. 1961, S. 239.

17 Georg Bernhard: Der produktive Stimmzettel. Eine Betrachtung zur Wahl, in: *Vossische Zeitung*, 19.1.1919.

Die überraschende »Umwälzung in Deutschland« kommentierte die *Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung)* schon am 9. November 1918 in ihrer Abend-Ausgabe mit Worten der noch tastenden Schuldsuche, die unter dem Eindruck der Ereignisse immerhin noch auf Fahrlässigkeit statt auf Vorsatz plädierte: »Der Bolschewismus fußt weiter in Deutschland. Es hat den Anschein, als wenn wir die tiefste Tiefe unseres politischen Niederganges noch nicht erreicht hätten. Die revolutionären Umwälzungen, die in Kiel ihren Anfang nahmen, haben nicht nur militärischen Charakter, indem die Soldaten die Disziplingewalt der Offiziere außer Dienst abgeschafft wissen wollen, sondern die unverständliche Kopfflosigkeit der bisherigen Regierungsgewalten bei dem Eintritt der neuen Ereignisse hat auch zur Folge, daß die Bewegung immer mehr einen politischen Anstrich erhält.¹⁸

Die im November 1919 vor dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Reichstags durch Hindenburg und Ludendorff zu Protokoll gegebenen Dolchstoßlegende¹⁹ verschaffte dem Verratstopos sein populäres Narrativ. Im Dunstkreis dieses Denkmusters bewegte sich fortan nicht nur die republikfeindliche Publizistik, sondern auch die militante Handlungsbereitschaft des Freikorpsführers Hermann Ehrhardt²⁰ oder die des völkischen Agitators Adolf Hitler, der im Pasewalker Lazarett seine anfängliche Hoffnung verlor, »daß es sich bei dem Landesverrat nur um eine mehr oder minder örtliche Sache handeln konnte«, und sich zunächst nicht vorstellen konnte, »daß auch in München der Wahnsinn ausbrechen würde«, weil ihm die »Treue zum ehrwürdigen Hause

18 Die Umwälzung in Deutschland, in: *Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung)*, 9.11.1918, Abend-Ausgabe.

19 »Die Heimat hat uns von diesem Augenblick an nicht mehr gestützt. [...] Seit dieser Zeit setzte auch die heimliche Zersetzung von Heer und Flotte ein. [...] Die braven Truppen, die sich von der revolutionären Einwirkung fernhielten, hatten unter der Einwirkung der revolutionären Kameraden schwer zu leiden. [...] Unsere Forderung, strenge Zucht und strenge Handhabung der Gesetze durchzuführen, wurden nicht erfüllt. So mußten unsere Operationen mißlingen, so mußte der Zusammenbruch kommen; die Revolution bildete nur den Schlußstein. Ein englischer General sagt mit Recht: die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden. Wo die Schuld liegt, bedarf keines Beweises.« Hindenburgs Aussage vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages. 18.11.1919, in: *Vossische Zeitung*, 18.11.1919, Abend-Ausgabe.

20 »Die Revolution vom 9. November, die, soweit auch die Geschichte in klare Fernen zeigt, vernunftloseste, frivolste, verbrecherischste, die je an einem Volk in Lebensnot begangen, zeitigt nun ihre Früchte.« Hermann Ehrhardt: *Deutschlands Zukunft. Aufgaben und Ziele*, München 1921, S. 9.

Wittelsbach [...] denn doch fester zu sein (schien) als der Wille einiger Juden«. ²¹

Nicht den Verrat *der* Revolution, sondern den Verrat *an der* Revolution wiederum geißelte die KPD in ihrer unversöhnlichen Abgrenzung von der Sozialdemokratie, über die ihr ZK 1930 apodiktisch befand: »Alle Handlungen der verräterischen, korrupten Sozialdemokratie sind fortgesetzter Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands.« ²² In diesem Sinne erklärte der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann das Fehlen einer kommunistischen Partei zum eigentlichem Grund der am Verrat der SPD gescheiterten Revolution.

Um die Pole von Verantwortung und Verrat organisierte sich der Diskurs um die Novemberrevolution auch nach 1945 wieder. Nun folgte er allerdings nicht mehr der Konkurrenz der drei Großordnungen der ersten Jahrhunderthälfte, sondern zunächst den Frontlinien des Kalten Krieges, in dem die beiden übrig gebliebenen Gesellschaftsmodelle ihre Kräfte maßen. Verrat war der ostdeutschen Parteigeschichtsschreibung der Verlauf der Revolution von ihrem ersten Tag, und auf ihm gründete die SED ihr autoritäres Herrschaftsmodell, wie der stellvertretende Volkskammerpräsident Hermann Matern 1958 im *Neuen Deutschland* ausführte: »Die fehlende Einheit der deutschen Arbeiterbewegung führte im November 1918 und in der Folgezeit zur Schwächung der deutschen Arbeiterklasse. Die opportunistischen und revisionistischen Führer haben durch Verrat und Betrug einen wesentlichen Teil der Arbeiterklasse vom Wege des revolutionären, des einzig wirksamen Kampfes abgehalten.« ²³

Spiegelbildlich argumentierte die bundesdeutsche Geschichtsschreibung, die sich erst in den 1960er Jahren der revolutionären Entstehung der Republik intensiver zuwandte. So wie die SED die Verratsthese der Weimarer KPD tradierte, nahm der bundesdeutsche Revolutionsdiskurs

21 »Kaiser Wilhelm II. hatte als erster deutscher Kaiser den Führern des Marxismus die Hand zur Versöhnung gereicht, ohne zu ahnen, daß Schurken keine Ehre besitzen. Während sie die kaiserliche Hand noch in der ihren hielten, suchte die andere schon nach dem Dolche.« Adolf Hitler: *Mein Kampf* [1925], 12. Auflage, München 1942, S. 222 u. 225.

22 Aus dem Programm-Entwurf der KPD von 1922 und der Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. Proklamation des ZK der KPD vom 24. August 1930, in: Helmut Altrichter (Hg.): 100(o) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, URL: http://www.100odokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0006_kpd&object=translation&st=&cl=de [Zugriff am 6.7.2020].

23 Lehren des November 1918. Aus der Rede des Genossen Hermann Matern vor der Kommission des Nationalrats zur Vorbereitung des 40. Jahrestages der Novemberrevolution, in: *Neues Deutschland*, 18.4.1958.